

Abschrift:

Frankfurter Rundschau vom 7. März 2009

Wahlrecht - Migranten fordern Ende der Ausgrenzung

Migrantenverbände, Wohlfahrtsorganisationen und Gewerkschaften aus Rheinland-Pfalz und Hessen haben am Freitag eine Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer gestartet. Das Kommunalwahlrecht für Ausländer gehöre zur Grundausrüstung einer Demokratie, sagte der Vorsitzende des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau, Wolfgang Gern, bei der Vorstellung der Initiative auf einem Schiff bei Wiesbaden. In einigen Kommunen liege der Anteil der erwachsenen Bewohner ohne Wahlrecht inzwischen bei über 30 Prozent.

"Es geht hier um die politische Legitimation des Gemeinwesens", sagte Gern. Seit Bürger von EU-Staaten bei Kommunalwahlen abstimmen dürften, gebe es "zwei Klassen von Ausländern" in Deutschland, kritisierte der Diakonie-Chef. Auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft hessischer Ausländerbeiräte, Corrado Di Benedetto, forderte ein Ende der Ausgrenzung von Zuwanderern. "Es ist nicht zu rechtfertigen, dass immer noch Millionen von Menschen, die bereits seit Jahrzehnten ein Teil der deutschen Gesellschaft sind, rigoros von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden", sagte er.

Die Initiatoren der Kampagne fordern eine Änderung von Artikel 28 des Grundgesetzes, der das kommunale Wahlrecht auf Deutsche und Bürger anderer EU-Mitgliedsstaaten beschränkt. Dafür ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat notwendig. Dazu haben die Initiatoren eine Unterschriften-Sammlung gestartet. Darauf, welche detaillierten Voraussetzungen Ausländer erfüllen müssten, um wählen zu dürfen und gewählt zu werden, wollten sich die beteiligten Organisationen zunächst nicht festlegen.

"Ob jemand, drei, vier oder fünf Jahre in Deutschland leben muss, ist erst einmal zweitrangig", sagte Torsten Jäger, Geschäftsführer des Interkulturellen Rats in Deutschland. Nach Angaben der Ausländerbeiräte leben in Deutschland knapp 4,5 Millionen Menschen aus den sogenannten Drittstaaten. Damit seien etwa zwei Drittel aller Ausländer in der Bundesrepublik weiterhin von allen Wahlen ausgeschlossen.

Die größte Einwanderergruppe bilden dabei Menschen aus der Türkei - gefolgt von Immigranten aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der Sowjetunion sowie aus den USA. Mehrere europäische Staaten, etwa Schweden, Finnland und die Niederlande, haben bereits ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer eingeführt.

epd

Nähere Informationen über die Kampagne im Internet:

www.kommunales-wahlrecht.de